



Jahresbericht Burundi 2017

Burundi befindet sich seit 2015 in einer politischen Krise. Auslöser war die Kandidatur und Wahl des Präsidenten Pierre Nkurunziza für eine dritte Amtszeit, welche von der Verfassung nicht vorgesehen ist, vom Verfassungsgericht aber gebilligt wurde. Proteste gegen die Wahl wurden brutal niedergeschlagen und staatliche Gewalt gegenüber Zivilpersonen nahm in der Folge massiv zu. Polizei, Geheimdienst und Militär gehen seitdem brutal gegen (vermeintliche) Oppositionelle vor, es kommt zu unrechtmäßigen Verhaftungen, Folter, Vergewaltigung und sogar Totschlag. Über 400.000 Menschen sind inzwischen aus Burundi geflohen (Stand September 2017), sie suchten überwiegend in Tansania, Uganda, Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo Schutz. Über 200.000 Menschen befinden innerhalb des Landes auf der Flucht.

Die Lage der Geflüchteten verschlechterte sich im Jahr 2017: Im Januar 2017 beschlossen die Behörden in Tansania, den Schutzsuchenden aus Burundi nicht mehr den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zuzusprechen. Die ugandischen Behörden trafen dieselbe Entscheidung im Juni 2017. Bei Besuchen in den Nachbarländern forderte der Präsident Pierre Nkurunziza die Geflüchteten auf, in ihre Heimat zurückzukehren. Er wurde von den Regierungschefs der Nachbarländer in seinen Forderungen unterstützt.

Amnesty International führte 2016 und 2017 Interviews mit Geflüchteten in Tansania und Uganda durch. Die große Mehrheit gab an, Burundi aufgrund der Repressionen und der Gewalt durch staatliche Kräfte verlassen zu haben. Sie berichteten von Tötungen, Schlägen, sexueller Gewalt und Erpressung. Mitgliedschaft in der Oppositionspartei, Kontakt mit Oppositionellen oder die Weigerung der regierenden Partei beizutreten – all dies sei Gründe für Festnahmen, Inhaftierungen, Misshandlung und Folter. Ein Geflüchteter berichtete, in einer kleinen dunklen Zelle zusammen mit drei anderen Personen inhaftiert gewesen zu sein. Sie seien regelmäßig mit Schlagstöcken verprügelt worden und hätten die Mahlzeiten in der kleinen Toilette einnehmen müssen. Einmal sei eine Flasche gefüllt mit Sand an seinen Hoden befestigt worden. Ziel der Folter sei es gewesen, ihn zu dem Eingeständnis zu bewegen, er habe mit regierungskritischen Gruppen zusammengearbeitet.

Angesichts dieser Aussagen und der großen Zahl der Geflüchteten fordert Amnesty International die Regierungen der Nachbarländer auf, den Menschen aus Burundi umfassenden Schutz zu gewähren. Die internationale Staatengemeinschaft wurde aufgefordert, die Aufnahmestaaten finanziell zu unterstützen.